

Haushaltsentwurf beinhaltet bei der Kulturförderung ein gutes Signal an die Heimatvertriebenen

Ansatz der Kulturförderung nach § 96 BVFG steigt im Etatentwurf für das Jahr 2006 um eine Million Euro

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2006 sendet ein gutes Signal an all diejenigen, die sich, zumeist ehrenamtlich, für die Erhaltung des deutschen kulturellen Erbes einsetzen.

Nach einem beispiellosen Kürzungsmarathon in den vergangenen sieben Jahren ist im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz von der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel ein gutes Zeichen gesetzt worden, indem rund eine Million Euro mehr im Etatentwurf für diesen wichtigen Aufgabenbereich vorgesehen sind als im Bundeshaushalt des Jahres 2005.

Der Schwerpunkt der Erhöhung liegt auf der Haushaltsstelle „Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“.

In den vergangenen sieben Jahren war der Haushalt des § 96 BVFG zum „Steinbruch“ geworden. Standen im Bundeshaushalt des Jahres 1998 noch 23,5 Millionen Euro für die Förderung der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz zur Verfügung, so wurde dieser Bereich auf 12,9 Millionen Euro im Haushalt des Jahres 2005 und damit um 45 % gekürzt.

Mit der Erhöhung im Etatentwurf für das Jahr 2006 hat die Union Wort gehalten und ein wichtiges Wahlversprechen erfüllt; den Kürzungsmarathon im Haushalt des § 96 BVFG zu beenden und den Ansatz wieder zu erhöhen.

Die Träger der Kulturarbeit nach § 96 BVFG erhalten durch diese Entscheidung der Bundesregierung wieder eine Perspektive und neuen Schub.

Dies schon deshalb, weil künftig die nach dem Wesens-



Jochen-Konrad Fromme

gehalt des § 96 Bundesvertriebenengesetz Hauptadressaten der Förderung wieder stärker in den Blick genommen werden sollen.

INHALT

SEITE 2
**BUNDESREGIERUNG MISST DER AUSSIEDLER- UND
 MINDERHEITENPOLITIK GROßE BEDEUTUNG BEI**
 Dr. Wolfgang Schäuble

SEITE 3
**GRENZDURCHGANGSLAGER FRIEDLAND ZUM INTEGRA-
 TIONSORT AUSBAUEN**
 IAV

SEITE 5
**LOB UND DANK FÜR BUNDESKANZLERIN ANGELA MER-
 KEL VON DEUTSCHER MINDERHEIT AUS OBERSCHLESIE**
 IAV

SEITE 7
**AUSSIEDLER NICHT STIGMATISIEREN - INTEGRA-
 TIONSMABNAHMEN VERBESSERN**
 Jochen-Konrad Fromme

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler

OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer lobt die Bundeskanzlerin für ihr Grußwort beim Jahresempfang des BdV

Dadurch, dass Frau Merkel als erste Bundeskanzlerin ein Grußwort beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen sprach, setzte sie ein klares Zeichen der Solidarität mit den Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler.

Die Bundeskanzlerin würdigte in ihrem Grußwort die jahrzehntelange grenzüberschreitende Verständigungs- und Versöhnungsarbeit der Vertriebenen.

Sie unterstrich die wichtige Funktion des Bundes der Vertriebenen bei der Integration der Spätaussiedler.

Sie hob hervor, dass die neue Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung sich dazu bekennt, auch in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und für alle

Zeiten zu ächten. Dies sei nicht nur die Aufgabe des Bundes der Vertriebenen sondern eine Gemeinschaftsaufgabe, die mit gemeinsamen Anstrengungen zu meistern sei. Diese Aussagen stehen in Kontinuität zum Bundestagswahlprogramm von CDU/CSU und zeigen, dass die Bundesregierung die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler unterstützen will.



Helmut Sauer

Bundesregierung misst der Aussiedler- und Minderheitenpolitik große Bedeutung bei

Auszug aus der Rede von Bundesinnenminister Schäuble bei der Amtseinführung des Aussiedlerbeauftragten

Die Angehörigen der deutschen Minderheiten haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Osteuropa und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Vertreibung, Gewalt und Diskriminierung erfahren. Viele der Opfer und ihre Nachkommen leiden heute noch an den Folgen dieses Unrechts. So waren Russlanddeutsche in der ehemaligen Sowjetunion bis zum Zusammenbruch des Kommunismus erheblichen Verfolgungen ausgesetzt.

Die Bundesregierung sieht sich in der Verantwortung, diesen Menschen zu helfen. Sie unterstützt daher Russlanddeutsche, die in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bleiben und sich vor Ort eine sichere Existenz aufbauen. Sie hilft aber auch jenen, die als Aussiedler nach Deutschland kommen, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dies erfordert jedoch nicht allein staatliche Anstrengungen, sondern vor allem auch die Bereitschaft und den Einsatz der zu uns kommenden Spätaussiedler und ihrer Angehörigen. Nur wenn sie bereit sind, die Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaftsordnung anzuerkennen und die deutsche Sprache zu erlernen, sind die Voraussetzungen für ein friedvolles und fruchtbares Zusammenleben erfüllt.

Denn wer kein Deutsch spricht, hat schlechte Chancen, einen Schulabschluss zu erreichen und am Arbeitsleben in Deutschland teilzunehmen. Das Zuwanderungsgesetz sieht deshalb vor, dass mitreisende Familien-

angehörige von Spätaussiedlern nur dann in den Aufnahmebescheid einbezogen werden, wenn sie bereits vor der Ausreise Grundkenntnisse in Deutsch besitzen und diese in einem Sprachtest nachweisen. Auch der Schutz und die Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in Nord-schleswig bleiben wichtige Aufgaben der Bundesregierung.

Sie wird sich ihnen unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der Länder und Gemeinden auch in Zukunft sorgfältig widmen. Der hohe Stellenwert, den die Aussiedler- und Minderheitenpolitik in der Bundesregierung und im Bundesinnenministerium einnimmt, wird nicht zuletzt durch die Neubesetzung der Position durch den Parlamentarischen Staatssekretär, Dr. Bergner, deutlich.



Dr. Wolfgang Schäuble

Grenzdurchgangslager Friedland zu einem Integrationsort ausbauen

Vor-Ort-Termin mit dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Dr. Christoph Bergner am 21. März

Zu einem Vor-Ort-Termin im Grenzdurchgangslager Friedland trafen am 21. März 2006 der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Beauftragte der Bundesregierung für Spätaussiedlerfragen, Dr. Christoph Bergner, der Vorsitzende der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Präsident des Bundesverwaltungsamtes, Dr. Jürgen Hensen, zusammen. Dabei wurde die Einrichtung besichtigt und das Gespräch mit den zahlreichen Wohlfahrtsverbänden im Lager gesucht. Es waren auch Vertreter der Niedersächsischen Landesregierung und des Landtages anwesend. Nachdem im Jahr 2005 noch 35.522 Spätaussiedler in Deutschland ankamen und über die seit Oktober 2000 letzte zentrale Aufnahmestelle für Spätaussiedler einreisten, ist in den ersten zwei Monaten des Jahres 2006 erst ein Bruchteil an Spätaussiedlern im



Die katholische Kirche in Friedland, Zentrum von Lager und Gemeinde

Erika Steinbach als BdV-Präsidentin bestätigt

BdV-Präsidentin Erika Steinbach ist auf der Bundesversammlung des BdV in der Hessischen Landesvertretung am 18. März 2006 in Berlin mit 63 von 77 Stimmen wieder gewählt worden.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Adolf Fetsch, Wilhelm von Gottberg, Hans-Günther Parplies, Helmut Sauer (Salzgitter), Albrecht Schläger und Matthias Sehling.

Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt: Oliver Dix, Alfred Herold, Christian Knauer, Jakob Laub, Klaus Moerler und Dr. Wolfgang Thüne. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Sibylle Dreher und der Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, Christian Walter, gehören dem Präsidium kraft Amtes an.



v.l.n.r.: Dr. Christoph Bergner, Jochen-Konrad Fromme und Dr. Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes

Vergleich zu den Monaten Januar und Februar 2005 eingereist. Noch sind die Zahlen für eine Prognose über das gesamte Jahr 2006 und darüber hinaus wenig belastbar, doch wird mit einem deutlichen Rückgang bei der Spätaussiedleraufnahme gerechnet. Im Grenzdurchgangslager Friedland wurde die Zahl der vorhandenen Betten von 2.600 auf 1.600 reduziert. Vor Ort wurde von den Politikern und Verwaltungsbeamten die Idee von Jochen-Konrad Fromme besprochen, Friedland zu einem Integrationsort auszubauen. Dadurch soll die erste Phase des Aufenthalts mit besonders großen Interesse an der neuen Heimat besser genutzt werden. Dabei soll die Möglichkeit geprüft werden, einen Teil der Integrationskurse in Friedland abzuhalten. Dafür wären bauliche Maßnahmen notwendig, denn die Spätaussiedler würden anstatt einiger Tage einige Wochen in Friedland bleiben.

Schätze des Breslauer Nationalmuseums in Köln

Im Rahmen des deutsch-polnischen Jahres wird das Wallraf-Richartz-Museum in Köln am 22. April eine Kunstaussstellung mit Exponaten der umfassenden Sammlung des Nationalmuseums Breslau eröffnen.

Besondere Akzente liegen auf der schlesischen Kunst des 14. und 17. Jahrhunderts und der Malerei des 19. Jahrhunderts. Es sind nahezu alle Gattungen vom Stillleben über Porträt und Landschaftsbild bis zum Historienbild vertreten, darunter grandiose Madonnenbilder der Frühzeit, deutsche Meister von Erhard Altdorfer und Georg Pencz bis zu Johann Georg Platzer; darüber hinaus italienische und niederländische Meister. Ein Schwerpunkt bilden deutsche und polnische Maler vom Barock bis zum 19. Jahrhundert, darunter Anselm Feuerbach, Lovis Corinth und Wassily Kandinsky.

Studienbuchreihe „Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche“ des Ostdeutschen Kulturrates

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens präsentiert den letzten Band der Buchreihe

„Durch fundierte Bildungs- und Kulturarbeit müssen wir dafür sorgen, dass die historischen und kulturellen Zusammenhänge in der Heimat derjenigen Deutschen, die nach 1945 als Vertriebene zu uns kamen, im Bewusstsein bleiben oder mehr ins Bewusstsein rücken.

Hier leistet die Studienbuchreihe ‚Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche‘ des Ostdeutschen Kulturrates vorbildliche und umfassende Dokumentationsarbeit.“ Mit diesen Worten präsentierte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens am 17. Februar in München im Haus des Deutschen Ostens die nun abgeschlossene zwölfbändige Buchreihe.

Stewens: „Die Besonderheit der Bücher liegt darin, dass die Dokumentation hier nicht mit der Vertreibung endet, sondern die Weiterentwicklung, die entstandenen Institutionen und Verbände und damit auch die Zukunftsperspektiven dargestellt werden.“

Vertreibungen seien immer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und dies unabhängig von historischen Kausalitäten. „Die Bayerische Staatsregierung würdigt das Schicksal aller Vertriebenen und ihre Leistungen im Nachkriegsdeutschland.

Sichtbare Zeichen sind das Denkmal Flucht und Vertreibung an zentraler

Stelle in Nürnberg oder die Erinnerungstafel in der Staatskanzlei. Wir haben uns von Anfang an für ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ in Berlin ausgesprochen und begrüßen es, dass auch die Koalitionsvereinbarung von Union und SPD von einem ‚sichtbaren‘ Zeichen in der deutschen Hauptstadt ausgeht“, sagte die Ministerin.

Für alle bayerischen Bürger, die am Schicksal und der Kultur der Deutschen aus dem Osten Interesse zeigen, habe der Freistaat Bayern vor 35 Jahren das Haus des Deutschen Ostens als zentrale Einrichtung in München geschaffen.

Stewens: „Durch den Generationswechsel bei Flüchtlingen und Vertriebenen hat sich die Arbeit des Hauses des Deutschen Ostens von der Begegnungsstätte zum Bildungs- und Informationszentrum für alle Fragen der Flüchtlinge, Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler erweitert.

Gerade auch der verstärkte Kontakt mit den in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Volksgruppen und ihren Institutionen hat das Haus des Deutschen Osten zu einem wertvollen Bindeglied zu allen unseren Partnern im Osten gemacht.“

Ausstellung im Haus der Geschichte begründet die Notwendigkeit vom Zentrum gegen Vertreibungen

Hessischer Landesbeauftragter für Vertriebene, Rudolf Friedrich, weist auf Lücken der Ausstellung hin

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, lobte die unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ als eine wichtige Informationsmöglichkeit für die Jugend über die Geschehnisse vor 60 Jahren. Friedrich verwies auf die Hintergründe, die zur Vorbereitung der Ausstellung führten und sagte, dass die Themen Flucht und Vertreibung im Bewusstsein der Öffentlichkeit bleiben müssen, damit sich eine ähnliche Geschichtstragödie nicht wiederholen kann. „Mit dem Bundespräsidenten, der die Ausstellung eröffnete hatte, ist man sehr positiv von dieser Ausstellung beeindruckt“, sagte der hessische Landesbeauftragte, der eine Gruppe der Ackermann-Gemeinde Hessen nach Bonn begleitete.

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stellt bis zum 17. April 2006 mit über 1.000 Exponaten nicht nur das unmittelbare Geschehen von Flucht und Vertreibung dar, sondern gibt auch dem vielfältigen Eingliederungsprozess der Menschen in ihrer neuen Heimat breiten Raum. Zeitzeugen schildern in Interviews ihre Erinnerungen an Flucht und Vertreibung wie auch ihre Lebenswege bis in die Gegenwart. Die Wahrnehmung und Rezeption des Themas in Literatur, Film und

Wissenschaft, die in zahlreichen Medienstationen präsentiert werden, sind weitere Themen. Dies alles hinterlässt sehr positive und nachhaltige Eindrücke, bemerkte Friedrich.

Der Landesbeauftragte wies darauf hin, dass das Bonner Haus der Geschichte naturgemäß zunächst die Geschichte der Bundesrepublik darzustellen hat. Flucht und Vertreibung liegen aber vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. So sei der Schwerpunkt Integration verständlich und notwendig. Die Situation in den Vertreibungsgebieten in den Jahren 1945 und 1946 muss jedoch zwingend ergänzt werden, forderte der Landesbeauftragte und sagte: „Nur mit dem Zentrum gegen Vertreibungen ist dies möglich und machbar. Die ausgezeichnete Bonner Ausstellung ist eine überzeugende Begründung für das in Berlin geplante Zentrum“.

Der Landesbeauftragte machte darüber hinaus auf einige Lücken in der Ausstellung aufmerksam, die im Zentrum gegen Vertreibungen geschlossen werden könnten. „Der Beitrag der Länder und der Kirchen in den Jahren 1945 und 1946 wird sehr verkürzt dargestellt. Trotzdem bleibt, dass diese Ausstellung sehenswert und wichtig ist“, so Friedrich abschließend.

Dank und Lob für Bundeskanzlerin Merkel von der deutschen Minderheit aus Oberschlesien

Verbandsspitze der deutschen Gesellschaften (VdG) zu Gast in der Gruppe der „Vertriebenen und Flüchtlinge“



v.l.n.r.: Alois Karl MdB, Heinrich Kroll, Abgeordneter des Sejm, Jochen-Konrad Fromme, Vors. der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“, Anita Schäfer MdB, Rafal Bartek (VdG), Ryszard Galla, Abgeordneter des Sejm, PSts. Dr. Christoph Bergner MdB, Minderheitenbeauftragter

Zu einem Gespräch über die aktuelle Situation der deutschen Minderheit in Polen nach dem Regierungswechsel hin zu einer national-konservativen Regierung kamen Spitzenvertreter der deutschen Minderheit aus Oberschlesien am 14. März 2006 in die Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit dabei die beiden Abgeordneten der deutschen Minderheit im polnischen Sejm, Ryszard Galla und Heinrich Kroll. Dabei warben die beiden Abgeordneten dafür, gerade jetzt in der schwierigen Situa-

on mit der neuen Regierung, die deutsche Minderheit verstärkt moralisch zu unterstützen. In diesem Zusammenhang lobte Heinrich Kroll die Spitzenpolitiker der Unionsparteien, besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger, schon zweimal Zeit für die deutsche Minderheit genommen und Interesse gezeigt habe.

Ein Schwerpunkt der Sitzung bildete die Situation beim Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit (HdpZ) in Gleiwitz, das sich finanziell in einer schwierigen Lage befindet.

Die deutsch-polnischen Beziehungen erfordern das stete Bemühen von beiden Seiten

Jochen-Konrad Fromme zum Besuch des polnischen Staatspräsidenten in Berlin am 8. März 2006

Von sich selbst erklärt der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski, er sei „weder besonders antideutsch noch besonders prodeutsch“. Die Distanz, die in dieser Beschreibung zum Ausdruck kommt, ist nicht förderlich für das deutsch-polnische Verhältnis.

Während Staatspräsident Kaczynski im Umgang mit den hohen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Regierung betont freundlich auftritt, löckt er im eigenen Land immer wieder den Stachel gegen die Deutschen. Während seiner Präsidentschaftskandidatur hat er sich damit gerühmt, außer dem Frankfurter Flughafen nichts von Deutschland zu kennen und keine Kontakte zu Deutschen zu besitzen. Problematisch ist, dass Staatspräsident Kaczynski die „Polnische Treuhand“ unterstützt hat und auch weiterhin unterstützt, eine Organisation, die aggressiv Forderungen gegen Deutschland vorträgt. Die deutsch-polnische Freundschaft ist keine Einbahnstraße und kann

nicht nur von einer Seite aus tiefster Überzeugung vertreten werden. Vielmehr verlangt sie das stete Bemühen beider Seiten. Dies schließt auch die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte ein.

Seit Jahrzehnten haben alle Bundesregierungen das deutsch-polnische Verhältnis gepflegt und gefördert. Dabei konnte mit zahlreichen konstruktiven Partnern auf polnischer Seite zusammengearbeitet werden. CDU und CSU sehen sich hier in der Tradition von Altbundeskanzler Helmut Kohl. Ganz selbstverständlich haben sowohl Bundespräsident Horst Köhler als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel jeweils eine ihrer ersten Auslandsreisen zu unserem Nachbarn Polen durchgeführt.

Daher ist es notwendig, dass sowohl die polnische Regierung als auch der polnische Staatspräsident sich zu einer Fortsetzung und Weiterentwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses im Sinne einer Aussöhnung bekennen.

Demonstrationen türkischer Nationalisten beleidigen Opfer des Völkermords an den Armeniern

Jochen-Konrad Fromme kritisiert die Demonstrationen zu Ehren von Talaat Pascha am 18. März in Berlin

Wenn in Berlin Hunderte türkischer Nationalisten dagegen demonstrieren, dass der Deutsche Bundestag wie auch viele andere Parlamente, an die Vertreibung und Ermordung der Armenier und anderer christlichen Gruppen in der Türkei vor 90 Jahren erinnert haben und sich gegen eine Aufarbeitung einsetzen, wirft das ein schlechtes Licht auf das Rechtsverständnis dieser Organisationen.

Wenn dann noch nahezu zeitgleich an der Universität in Istanbul eine Konferenz stattfindet, die von den Kräften ausgerichtet wird, die das Massaker an den Armeniern in den Jahren 1915/16 in Abrede stellen, dann wirft das zudem ein schlechtes Licht auf die Bereitschaft der Türkei, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

Die Bereitschaft, die eigene Geschichte in Gänze, mit allen Höhen und Tiefen, in den Blick zu nehmen, ist aber eine vorzügliche Visitenkarte von Staaten mit einer rechtsstaatlichen Ordnung, basierend auf einem Wertegerüst, das die Universalität der Menschenrechte anerkennt.

Hier hat die Türkei noch einen langen Weg vor sich. Wenn türkische Nationalisten stattdessen zur Ehrung von Talaat Pascha aufrufen, der

einer der Hauptverantwortlichen für den Genozid an den Armeniern gewesen ist, dann stellt dies zudem eine Verunglimpfung der geschätzt 1,5 Millionen Opfer dieser Taten dar.

Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen Jahr anlässlich des 90. Jahrestages der Vertreibungen und der Massaker an den Armeniern dieser Ereignisse gedacht und die Aufarbeitung dieses historischen Kapitels gefordert. Die Demonstrationen von nationalistischen türkischen Gruppen zeigen einerseits, wie wichtig die Aufarbeitung dieses Kapitels ist und andererseits, wie lang der Weg bis zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema vermutlich noch sein wird.

Dabei geht es bei einer Aufarbeitung des Völkermords an den Armeniern ausdrücklich nicht um eine Abrechnung mit oder um eine Bloßstellung der türkischen Nation. Es geht um ein Bewusstmachen der Geschichte, darum, die bis heute ausstehende dringend notwendige Aussöhnung zwischen der Türkei und ihren Nachbarn zu ermöglichen und einen Beitrag dazu zu leisten, Vertreibungen und Völkermord in Gegenwart und Zukunft zu verhindern.

Österreichische Parlamentarierdelegation in Prag und bei deutscher Minderheit in Slowenien

Vertriebenensprecher des ÖVP-Club, Norbert Kapeller, berichtet über die Ergebnisse einer Delegationsreise

Die von dem ÖVP-Nationalratsabgeordneten Norbert Kapeller initiierten parlamentarischen Gedenkreisen in die ehemaligen Kronländer der Donaumonarchie führte eine Parlamentsdelegation nach Slowenien.

ÖVP-Vertriebenensprecher Kapeller besuchte als Delegationsleiter gemeinsam mit seinen Abgeordnetenkollegen Werner Kummerer (SPÖ) und Anton Watta (BZÖ) unter anderem die verbliebene altösterreichische Minderheit in der Gottschee und traf mit politischen Vertretern in Marburg (Maribor) und Laibach (Ljubljana) zusammen, um dort vor allem die Verantwortung des österreichischen Parlaments für die deutschsprachigen heimatverbliebenen Minderheiten zu dokumentieren und neue Bande für eine gemeinsame grenzübergreifende Zusammenarbeit zu knüpfen. Die Delegation traf auch mit Vertretern des Menschenrechtsausschusses im slowenischen Parlament zusammen. Kapeller dazu: „Die Themen dieses Gesprächs waren die offizielle Anerkennung der autochtonen deutschsprachigen Minderheit in Slowenien am Beispiel der italienischen und ungarischen Volksgruppen, sowie weitere konstruktive Schritte im Sinne des bereits bestehenden Kulturabkommens zwischen Österreich und Slowenien.“

Im Rahmen der vom ÖVP-Nationalratsabgeordneten Norbert Kapeller initiierten Delegationsreisen haben in Prag bilaterale Gespräche mit

hochrangigen tschechischen Politikern stattgefunden. Das erste Gespräch wurde mit dem Regierungsbeauftragten für Menschenrechte, Svatopluk Karásek, geführt. Karásek, selbst Dissident und Mitglied der Charta 77 gewesen, sagte eindeutig, dass die Vertreibung der Sudetendeutschen Unrecht war und dass die Interessen dieser anerkannt werden sollen. Daran anschließend formulierten die Senatoren Mgr. Zdeněk Bárta und Mgr. Václav Jehlička, Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im tschechischen Senat, dass die Wiedererkennung der eigenen Vergangenheit in Tschechien schwierig und in dieser Sache nicht abgeschlossen sei. Der Senat habe einen Gesetzesvorschlag schubladiert, mit welchem das Straffreistellungsgesetz mit Kriegsende 1945 begrenzt werden solle. „Das ist in Wahrheit eine Sensation, denn mit dieser Gesetzesänderung würden endlich die schrecklichen Straftaten an den Sudetendeutschen nicht mehr staatlich legitimiert sein. Das wäre die gerechte und humanitäre Geste, die für meine Landsleute unumgänglich ist“, freut sich Kapeller über die Position des tschechischen Senates. Der letzte Gesprächstermin fand mit Mitgliedern des Petitionsausschusses im tschechischen Parlament statt. Unprotokollarisch und freundschaftlich erörterten die Abgeordneten die Problematik der Benes-Dekrete und des Straffreistellungsgesetzes.

Aussiedler nicht stigmatisieren – Integrationsmaßnahmen verbessern

Jochen-Konrad Fromme zu Veröffentlichungen über die Hamburger Untersuchung „Lagebild Spätaussiedler“

Zu Die Ergebnisse der Untersuchung „Lagebild Spätaussiedler“ der Hamburger Polizei, die vom Hamburger Abendblatt vor wenigen Tagen vorgestellt wurden, räumen sehr gründlich auf mit den gängigen Vorurteilen, die gegenüber der Gruppe der deutschen Spätaussiedler scheinbar unausrottbar sind.

Zudem unterstützt die Untersuchung die seit Jahren von CDU und CSU vertretene Auffassung, wonach vor allem bei jungen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, bei gleicher Sozialisierung, keine höhere Kriminalitätsneigung festzustellen ist, als bei anderen Gruppen in unserer Gesellschaft.

So hat die von der Hamburger Polizei in Auftrag gegebene Untersuchung des Landeskriminalamtes (LKA) deutlich gemacht, dass die Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, sowie aus Polen und Rumänien bei der für die Kriminalitätsneigung entscheidenden Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) nicht stärker belastet sind, als die einheimischen Deutschen und sich deutlich positiv abheben von anderen Migrantengruppen. Laut der Studie wurden in Hamburg im Erfassungszeitraum 3.670 von 100.000 Deutschen strafällig. Die Tatverdächtigenbelastungszahl lag bei den Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion bei 3.356, also knapp darunter.

Bedauerlicherweise ist festzustellen, dass in den Medien immer sehr stark und ausführlich über die Gruppe der Spätaussiedler berichtet wird, wenn diese mit Straftaten in Zusammenhang gebracht werden. Solche, die Wirklichkeit wiedergebenden Untersuchungen wie die Hamburger Studie, werden viel zu wenig verbreitet.

Es ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen, dass es trotz der erfreulichen

Ergebnisse der Untersuchung seit Jahren Defizite bei der erfolgreichen Integration der deutschen Spätaussiedler wie auch bei anderen Migrantengruppen gibt. Hier hilft allerdings nicht die Stigmatisierung der Gruppe der deutschen Spätaussiedler weiter, sondern nur fundierte Maßnahmen für eine erfolgreiche Integration in Deutschland.

Kernpunkt einer erfolgreichen Integration ist die erfolgreiche Vermittlung der deutschen Sprache als Voraussetzung für eine erfolgreiche Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Für Verbesserungen in diesem Bereich treten CDU und CSU seit vielen Jahren ein.



J.-K. Fromme

CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen kümmert sich verstärkt um Spätaussiedler

Aussiedlerbeauftragte aus Hessen und Nordrhein-Westfalen vereinbaren verstärkte Zusammenarbeit

Bei einem Treffen vereinbarten die Aussiedlerbeauftragten der beiden Länder eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Integration der Spätaussiedler. Bei der Zusammenkunft im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf berichtete Friedrich über seine Erfahrungen im Integrationsbereich seit seinem Amtsantritt 1999. Friedrich zeigte sich erfreut darüber, dass mit dem Antritt der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers wieder ein angemessenes Interesse an den Belangen der Spätaussiedler gezeigt werde. „Thomas Kufen und ich sind uns einig, dass wir aufgrund des schweren Schicksal der Russlanddeutschen eine moralische Verpflichtung haben, den Personenkreis der Spätaussiedler aufzunehmen und uns gemeinsam mit allen Kräften für eine gelungene Integration einzusetzen“, sagte Friedrich. Er unterstützte den Vorschlag des Integrationsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, eine gemeinsame Sitzung der Landesbeiräte für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen der beiden Länder anzuberaumen.



v.l.n.r.: Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und Rudolf Friedrich, Landesbeauftragter der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Kabinett in Bayern verstärkt Integrationsarbeit

Bayern verstärkt seine Integrationsanstrengungen für ausländische Vorschulkinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Künftig wird es in Bayern keine Einschulung ohne ausreichende Deutschkenntnisse mehr geben. Ministerpräsident Stoiber: „Jedes Kind, das in die Schule kommt, muss deutsch können. Gleiche Bildungschancen überall in Bayern bedeuten, dass an allen Schulen in allen Gebieten die Kinder deutsch sprechen.“ Stoiber bezeichnete ausreichende Deutschkenntnisse aller Schüler als Schlüssel für gute Lebenschancen deutscher und ausländischer Kinder. Stoiber: „Wer nicht deutsch spricht, hat keinen Lernerfolg und bremst die ganze Klasse. Deutsche Kinder, die mit ausländischen Kindern in eine Klasse gehen, sollen keine Nachteile haben. Für ausländische Kinder und Jugendliche, die in Bayern ihre Zukunft haben wollen, ist Deutsch die entscheidende Voraussetzung für einen Einstieg in qualifizierte Berufe.“ (Quelle: PM der Bay. Staatsreg.)

Lennart Meri verstorben

Zum Tode des früheren Präsidenten der Republik Estland, Lennart Meri, erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB:

Mit Lennart Meri verliert der Bund der Vertriebenen einen guten Freund und Fürsprecher. Die freie Welt beklagt den Verlust eines tapferen Streiters für die Menschenrechte.

Die deutschen Heimatvertriebenen sind ihm dankbar für sein mutiges Eintreten für ihre Anliegen. Eingedenk seines eigenen Schicksals – er wurde mit seinen Eltern von den Sowjets nach Sibirien deportiert – fand er dazu deutliche Worte und gab ihnen Mut.

Auf dem Festakt zum 50. Tag der Heimat, an dem der Bund der Vertriebenen ihn mit seiner höchsten Auszeichnung ehrte, bekannte er in seiner Festrede, dass er sich den Heimatvertriebenen zugehörig fühlte. „Ich bin einer von Ihnen“ waren die Worte, die uns allen in Erinnerung geblieben sind.

Unvergessen ist seine Berliner Festansprache zum Tag der deutschen Einheit 1995, in der er u.a. sagte, Estland stehe allen Deutschen offen, die willig seien, von ihrem Recht auf ihre Heimat Gebrauch zu machen. Er mahnte damals die Deutschen, man könne einem Volk nicht trauen, das ständig eine intellektuelle Selbstverachtung vorführe. Wegweisend waren seine Worte, die er wenige Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und der Öffnung des Ostens sagte: „Bevor wir überhaupt an eine neue Weltordnung denken, brauchen wir vor allem historische Aufrichtigkeit und Objektivität.“

Sein lebenslanger Kampf um die Freiheit seines Landes hat Lennart Meri in die estnische Bürgerrechts- und Unabhängigkeitsbewegung geführt. Sein Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht seines eigenen Volkes führte ihn damals auch zu einer eindeutigen Bewertung der jahrzehntelangen Teilung Deutschlands, die auch die Teilung Europas symbolisierte. Diese zu überwinden und in einem freien Europa sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben, war sein lebenslanges Bestreben, dem er bis zu seinem Tode gerecht geworden ist.

Spätaussiedler, Vorbilder in Familienfreundlichkeit

Der nordrhein-westfälische Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, hat die Russlanddeutschen als Vorbilder in Sachen Familienfreundlichkeit bezeichnet. Nur wenn das Klima in Deutschland wieder kinder- und familienfreundlicher werde, würden sich wieder mehr Paare für Kinder entscheiden, so der Minister. „Als Vorbild können uns hier die Zugewanderten, vor allem auch die Russlanddeutschen, dienen, denn sie wissen, dass Familie Freude macht.“ Armin Laschet bezeichnete die Integration der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen als „insgesamt geglückt“. In einer Rede beim Landesverband Nordrhein-Westfalen des BdV am 25. März 2006 hob er zudem das Verdienst der Heimatvertriebenen daran hervor, „dass wir heute in einem wirtschaftlich erfolgreichen und freiheitlich sozial gefestigten Rechtsstaat leben.“

IMPRESSUM Vorbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Jochen-Konrad Fromme MdB

Redaktion: Thomas Helm (verantwortlich)
Verena Herkenhoff

Sekretariat: Ines Roehm
Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und
Flüchtlinge

Anschrift: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-55364
Telefax (0 30) 2 27-56154